



## **PRESSEMITTEILUNG**

### KLIMAVOLKSBEGEHREN

# **GLOBAL 2000 fordert Ausbau erneuerbarer Energie statt Fracking**

*Die Umweltschutzorganisation begrüßt den Vorstoß der Bundesregierung zur Ablehnung von Fracking, fordert aber gesetzliches Verbot.*

Wien, 13. Jänner 2023

Die Umweltschutzorganisation GLOBAL 2000 lehnt die umweltschädliche Fracking-Technologie ab und begrüßt daher das heute das durch einen geleakten Ministerratsvortrag bekannt gewordene Vorhaben der Bundesregierung, eine klare Ablehnung zu formulieren: "Fracking ist umweltschädlich und keine Lösung für die aktuelle Energiekrise. Es ist positiv, wenn nun ein Vorstoß zu einer Absage der Bundesregierung gegenüber dieser Technologie kommt. Wir können stattdessen auf erneuerbare Energie setzen und Gasheizungen austauschen. Dafür braucht es jetzt aber ein Erneuerbaren-Wärme-Gesetz, damit saubere und klimafreundliche Wärmeversorgung für alle Menschen rasch möglich wird", so Johannes Wahlmüller, Klima- und Energiesprecher von GLOBAL 2000.

Die Bundesregierung kann aber weit mehr tun, als ein Bekenntnis gegen Fracking abzugeben. Die Umweltschutzorganisation GLOBAL 2000 spricht sich für ein gesetzliches Verbot der Technologie aus, um vollständige Klarheit zu schaffen. In einer Umfrage von Klimaschützer\*innen unter den Parteien, die zur niederösterreichischen Landtagswahl antreten, haben sich alle Parteien kritisch gegenüber Fracking gezeigt. Die SPÖ und die Grünen sind darüber hinaus für ein klares Verbot eingetreten. Rückenwind für ein Fracking-Verbot kommt auch von der neuen Initiative „Neustart für ein krisensicheres Österreich“. Prominente Unterstützer\*innen wie Rudolf Anschöber, Helga Kromp-Kolb oder Hilde Dalik fordern darin gemeinsam mit GLOBAL 2000, dem Klimavolksbegehren und dem WWF die rasche Umsetzung der Energiewende in Österreich ohne gefährliche und rückwärtsgewandte Technologien wie Fracking.

„Die Bundesregierung soll Klarheit schaffen und die umweltschädliche Fracking-Technologie gesetzlich verbieten. Es sollte für alle klar sein, dass wir die fossile Sackgasse verlassen müssen und endlich den Weg zu naturverträglichen sauberen Energien beschreiten. Wir appellieren daher an die Landesregierungen und die Bundesregierung, die sieben Forderungen der Initiative Neustart für ein krisensicheres Österreich rasch umzusetzen,“ so Johannes Wahlmüller abschließend.

### **Rückfragen & Kontakt:**

Hannah Keller, Pressesprecherin GLOBAL 2000,  
+43 699 14 2000 64, [hannah.keller@global2000.at](mailto:hannah.keller@global2000.at)

Johannes Wahlmüller, Klima- und Energiesprecher GLOBAL 2000,  
+43 699 14 2000 41, [johannes.wahlmueller@global2000.at](mailto:johannes.wahlmueller@global2000.at)